

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel: Einleitung	15
Zweites Kapitel: Notwendigkeit einer spezialgesetzlichen Regelung	18
A. Ausgangsproblematik bei polizeilicher Bekämpfung häuslicher Gewalt	18
B. Rechtslage vor Inkrafttreten des § 34a PolG NRW	18
I. Platzverweisung gem. § 34 PolG NRW	19
1. Lediglich vorübergehende Wirkung des Platzverweises	20
2. Zeitliche Bestimmtheit des Platzverweises	23
II. Gewahrsam als Handlungsmöglichkeit	24
III. Generalklausel als Ermächtigungsgrundlage	25
1. Zulässigkeit des Rückgriffs auf die polizeiliche Generalklausel	26
a) § 34 PolG NRW als abschließende Regelung	26
b) Längerfristige Betretungs- und Rückkehrverbote als aliud zur Platzverweisung	27
2. Erfordernis einer speziellen gesetzlichen Regelung nach der Wesentlichkeitstheorie	28
IV. Zwischenergebnis	30
C. Gegenwärtige Rechtslage	31
I. Die Nordrhein-Westfälische Lösung	31
II. Seitenblick auf die Regelungen anderer Bundesländer	32
III. Zwischenergebnis	33
Drittes Kapitel: Zielrichtung des § 34a PolG NRW	35
Viertes Kapitel: Einfachgesetzliche Regelung der Wohnungsverweisung	38
A. Formelle Voraussetzungen der Wohnungsverweisung	38
I. Zuständigkeit	38
1. Subsidiäre Zuständigkeit der Polizei	39
2. Sonderzuständigkeit der Polizei	40
3. Polizeiliche Zuständigkeit gem. § 1 Abs. 1 S. 2 PolG NRW	40
4. Gesetzesbegründung	41
5. Begründung einer originären Zuständigkeit der Polizei im Bereich häuslicher Gewalt durch § 34a PolG NRW	42
II. Verfahren	43
1. Allgemeine Verfahrensanforderungen	44

2.	Besondere Verfahrensanforderungen nach § 34a PolG NRW	44
a)	Sicherung der Erreichbarkeit der betroffenen Person	44
b)	Hinweis- und Informationspflichten gegenüber der gefährdeten Person	45
c)	Antrag der gefährdeten Person	46
d)	Überprüfung des Rückkehrverbotes	46
III.	Form	46
IV.	Begründung	48
B.	Materielle Voraussetzungen der Wohnungsverweisung	48
I.	Gegenwärtige Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit	48
1.	Gegenwärtige Gefahr	49
a)	Gefahrenprognose	50
aa)	Anhaltspunkte für die Gefahrenprognose außerhalb des häuslichen Bereichs	53
bb)	Einfluss des entgegenstehenden Willens der gefährdeten Person auf die Gefahrenprognose	55
b)	Fortbestehen der Gefahrenlage	55
aa)	Fortbestehen einer gegenwärtigen Gefahr	57
bb)	Zwischenergebnis	59
c)	Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot als Verwaltungsakt mit Dauerwirkung	59
d)	Fortfall der Gefahr	61
2.	Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit	66
3.	Zwischenergebnis	68
II.	Örtlich Erstreckung der Maßnahme	68
1.	Wohnungsbegriff des § 34a PolG NRW	69
2.	„Unmittelbare Umgebung“	70
3.	Beschränkung auf Wohn- und Nebenräume	70
III.	Zeitlich Dimension der Wohnungsverweisung	71
1.	Dauer des Rückkehrverbotes	71
2.	Maßnahmen nach Ende der Geltungsdauer	72
a)	Unzulässigkeit erneuter Verfügungen gleichen Inhalts nach § 34a PolG NRW?	72
b)	Entgegenstehender Wille der gefährdeten gegen erneute Wohnungsverweisung der betroffenen Person	75
c)	Verwirkung der staatlichen Schutzpflicht	76
3.	Zwischenergebnis	76
IV.	Polizeipflichtigkeit/Verantwortlichkeit	76
1.	Weitere Einschränkungen der Polizeipflichtigkeit	81
a)	Einschränkungen aufgrund des Alters der betroffenen Person	81
b)	Einschränkungen aufgrund zivilrechtlicher Rechtspositionen	81
2.	Zwischenergebnis	82
V.	Regelungsumfang	82

VI. Ermessen	83
VII. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	85
1. Inhaltliche Bestimmtheit der Verweisungsmaßnahme, § 37 Abs. 1 VwVfG NRW	85
2. Erkennbarkeit der erlassenen Behörde, § 37 Abs. 3 VwVfG NRW	86
C. Durchsetzung	86
I. Aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage	86
II. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	87
III. Zwangsmittel	87
1. Zwangsgeld	88
2. Unmittelbarer Zwang	88
IV. Gewahrsam	89
Fünftes Kapitel: Verfassungsrechtliche Überprüfung der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbots nach § 34a PolG NRW	91
A. Formelle Verfassungsmäßigkeit des § 34a PolG NRW	91
I. Fehlende Gesetzgebungskompetenz des Landes für Eingriffe in das Recht der Freizügigkeit (Art. 73 Nr. 3 GG i.V.m. Art. 11 Abs. 1 GG)	91
1. Gesetzgebungskompetenz des Landes auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr	92
2. Ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes	94
3. Abschließende Würdigung der Gesetzgebungszuständigkeit	95
II. Zitiergebot des Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG	96
B. Materielle Verfassungsmäßigkeit des § 34a PolG NRW	97
I. Vereinbarkeit mit Art. 11 GG	97
1. Schutzbereich	98
a) Wohnsitznahme	99
b) Aufenthaltsnahme	100
aa) Zweck des Aufenthalts	100
bb) Dürigs Abgrenzungskriterium des Ortswechsels	101
cc) Abgrenzung nach der zeitlichen Dauer des Aufenthalts	102
dd) Die These Ranzelhofers vom Verlassen des alltäglichen Lebenskreises	103
ee) Wertende Gesamtbetrachtung	104
ff) Kritische Würdigung der einzelnen Ansätze: Schutzbereichsbestimmung im Wege einer wertenden Gesamtbetrachtung	105
2. Eingriff	107
3. Rechtfertigung	109
a) Umfang des Kriminalvorbehaltes	109
aa) Erstreckung auf straffällig gewordene Personen	110

bb) Polizeirechtliche Generalklausel als Anknüpfungspunkt für den Kriminalvorbehalt	111
cc) Vermittelnde Auffassung	111
dd) Gefahrenabwehrrecht als Auslegungshilfe	113
b) Verhältnismäßigkeit	115
c) Zwischenergebnis	116
II. Vereinbarkeit mit Art. 13 GG	117
1. Schutzbereich	117
a) Wohnungsbegriff des Art. 13 GG	117
b) Grundrechtsträger	118
2. Eingriff	119
a) Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot als bloße Gebrauchsbeeinträchtigung?	120
b) Kein Schutz vor Gebrauchsbeeinträchtigungen durch Art. 13 GG	122
3. Zwischenergebnis	123
III. Vereinbarkeit mit Art. 14 GG	124
1. Schutzbereich	124
a) Nutzung des Eigentums als schutzfähige Rechtsposition i.S.d. Art. 14 Abs. 1 GG	125
b) Besitzrecht des Mieters als schutzfähige Rechtsposition i.S.d. Art. 14 Abs. 1 GG	126
aa) Besitzschutz durch Art. 14 GG	127
bb) Kein verfassungsrechtlicher Schutz vertraglicher Besitzansprüche durch Art. 14 GG	128
cc) Rechtstatsächliche Annäherung der Rechtsposition des Mieters an das Sacheigentum	128
2. Eingriff	130
3. Rechtfertigung	131
IV. Vereinbarkeit mit Art. 12 GG	133
1. Schutzbereich	133
2. Eingriff	134
3. Rechtfertigung	135
V. Vereinbarkeit mit Art. 6 Abs. 1 GG	137
1. Schutzbereich Art. 6 Abs. 1 GG (Ehe)	137
2. Schutzbereich Art. 6 Abs. 1 GG (Familie)	138
a) Häusliche Gewalt durch Kinder	138
b) Häusliche Gewalt in sog. Generationen-Großfamilien	140
3. Rechtfertigung	141
VI. Vereinbarkeit mit Art. 6 Abs. 2 GG	142

Sechstes Kapitel: Konflikt zwischen Gefahrenabwehr und Selbstbestimmungsrecht der gefährdeten Person	144
A. Verfassungsrechtliche Grundlage eines Selbstbestimmungsrechts bzw. eines Rechts auf Selbstgefährdung	145
I. Selbstgefährdung und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	145
II. Selbstgefährdung und das Recht auf Freiheit der Person nach Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG	146
III. Selbstgefährdung und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 Abs. 1 GG	147
1. Eingriff	150
2. Rechtfertigung	151
a) „Rechte anderer“	152
b) „Verfassungsmäßige Ordnung“	152
aa) Keine Einschränkungen im Kernbereich der Privatsphäre	153
bb) Eingriffe zugunsten des Allgemeinwohls	154
cc) Schutzpflicht des Staates als Eingriffsrechtfertigung	158
dd) Verletzung Rechte Dritter	162
3. Zwischenergebnis	163
B. Verfassungskonforme Auslegung des § 34a PolG NRW	163
 Siebtes Kapitel: Rechtsschutzfragen	 165
A. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	165
I. Klagebefugnis der betroffenen Person	165
II. Klagebefugnis der gefährdeten Person	166
III. Beiladung der gefährdeten Person	169
IV. Beiladung der betroffenen Person	170
B. Effektiver Rechtsschutz im verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren	172
I. Summarische Prüfung im Eilverfahren gegen polizeiliche Maßnahmen nach § 34a PolG NRW	172
II. Glaubhaftmachung	174
III. Abwägungsentscheidung zwischen Vollzugs- und Aufschiebungsinteresse	175
C. Wohnungsverweisung und Entscheidungskompetenz der Zivilgerichte	177
I. Abgrenzung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und öffentlich- rechtlichen Streitigkeiten	177
1. Wohnungsverweisung als Über- Unterordnungsverhältnis	178
2. Konkurrierende Eröffnung des Zivilrechtsweges?	179
II. Mangelndes Rechtsschutzbedürfnis an einer zivilgerichtlichen Entscheidung	181

III. Berücksichtigung der Wohnungsverweisung im materiellen Recht	181
IV. Rechtswegzuweisung bei längerfristiger Zuweisung der gemeinsamen Wohnung	182
V. Widersprüchliche Entscheidungen durch Täuschung des Zivilgerichts	183
1. Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung	184
2. Abwendung der Vollstreckung durch Vollstreckungsgegenklage nach § 767 ZPO	184
3. Verhältnis zwischen der durch Täuschung erlangten zivilgerichtlichen Entscheidung und Wohnungsverweisung	185
a) Vollstreckungshindernis i.S.d. § 775 ZPO	185
b) Erneute Wohnungsverweisung oder Fortbestand der „alten“ Wohnungsverweisung	185
 Achstes Kapitel: Zusammenfassung	 187
Literaturverzeichnis	191